

Lokale Verantwortung
für Bildung und Ausbildung

Arbeitsgemeinschaft
„Weinheimer Initiative“



Weinheimer Initiative
– lokale Verantwortung für Bildung
und Ausbildung e.V.

PRESSEINFORMATION

Sicherer Aufenthalt für Bildung und Ausbildung

Kommunale Bildungsexperten sprechen in Stuttgart über berufliche
Perspektiven für junge Flüchtlinge

Stuttgart/Weinheim. Junge Flüchtlinge, die in Deutschland eine Berufsausbildung begonnen haben oder nachweislich die konkrete Möglichkeit haben, eine Ausbildung zu beginnen, sollen für die Dauer ihrer Ausbildung eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen – unabhängig von ihrem bisherigen Aufenthaltsstatus. Für eine solche unbedingte Aufenthaltsduldung von jungen Flüchtlingen während ihrer Ausbildung in Deutschland haben sich führende kommunale Bildungsexperten der „Weinheimer Initiative“ jetzt bei einem Jahresforum in Stuttgart ausgesprochen.

In einem Positionspapier der Initiative heißt es, hierfür sprächen „sowohl humanitäre als auch volkswirtschaftliche Gründe“. Die „Weinheimer Initiative“ setzt sich bundesweit für eine kommunale Koordinierung des Übergangs von der Schule ins Berufsleben ein. Der Titel der Tagung, die gemeinsam mit der Landeshauptstadt Stuttgart und in Zusammenarbeit mit weiteren Organisationen ausgerichtet und von über 100 Bildungsexperten aus der ganzen Republik besucht wird, lautet: „Junge Flüchtlinge, berufliche Perspektiven und Kommunale Koordinierung“. Die Landeshauptstadt Stuttgart gehört zu den Mitgliedern der Initiative. Die Stuttgarter Bürgermeisterin für Jugend, Soziales und Gesundheit, Isabel Fezer, eröffnet am Donnerstag (13 Uhr) die Tagung. Kultus-Staatssekretärin Marion von Wartenburg spricht ein Grußwort.

Es müsse gewährleistet sein, dass junge Flüchtlinge unabhängig von ihrer Herkunft ihren weiteren Lebenslauf selbstbestimmt gestalten können, um sich später – je nach Arbeitsmarktlage – in Deutschland oder ihrem Herkunftsland eine gesicherte Existenzlage erarbeiten zu können, heißt es in dem Positionspapier.

Bildungsabschlüsse und eine gute Berufsorientierung seien für die jugendlichen Flüchtlinge von zentraler Bedeutung.

Für die Integration in Ausbildung und Arbeitsmarkt müsse Willkommenskultur die „Verwirklichung gleichwertiger Chancen für alle jungen Leute, die zu uns kommen“ bedeuten. Generell müsse die Ausgestaltung der Bildungs- und Ausbildungsbedingungen junger Flüchtlinge unter dem Primat des Kindeswohls und der Menschenrechte stehen.

Der große Zustrom von Flüchtlingen stellt für die Städte und Landkreise gegenwärtig eine der großen Herausforderungen dar, und der kommunale Alltag konzentriert sich derzeit in erster Instanz auf die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge und alle dazugehörigen Hilfestellungen. Dies sei aber nur die „Spitze des Eisbergs“, zitiert das Papier den Nürnberger Oberbürgermeister und Städtetagspräsidenten Dr. Ulrich Maly.

Die Weinheimer Initiative beschäftigt sich mit Fragen, die darüber hinausgehen. Zu ihnen gehöre es, für die Kinder und Jugendlichen unter den Flüchtlingen Bildung zu sichern und tragfähige berufliche Perspektiven zu entwickeln. Deshalb müsse die Frage nach förderlichen Lebensumständen vor Ort stets mit einbezogen werden.

Mit Vorträgen, einem Faktencheck, in Foren und Workshops wird erörtert, was Städte und Landkreise angemessen zu der Eröffnung von beruflichen Perspektiven für junge Flüchtlinge beitragen können, und wie die hierfür förderlichen Rahmenbedingungen durch Land und Bund beschaffen sein müssen.